

INHALT

- 1 Zwingt mausgrau raus
- 2 Studenten in der Zange
- 3 Amerika – Du hast es besser
- 5 Unzucht mit Musen
- 6 Verpulvert?
- 8 Keine Musik im Studentenkeller
- 8 Wer hat den schwarzen Peter?
- 9 Der neue ASiA
- 10 Nachrichten
- 11 Zahnweh

Jetzt wird's lustig

- 12 Pornorrhoe
- 13 Franz im Glück
- 15 Trops
- 16 The Playmate of the Month
- 21 Schlag nach bei Mao
- 22 Spielwiese
- 24 Wunder der Medizin

Jetzt wird's wieder ernst

- 26 Student im Buch
- 28 Kommentar
- 30 Schallplatten
- 31 Sport
- 32 Bücher
- 34 Die letzte Seite

Das Papier für den Innenteil dieses Heftes spendete die Firma E. Holtzmann & Cie AG 7561 Weisenbachfabrik, Murgtal. Der Umschlagkarton (Windmühle-Original-Kunstdruck weiß h'altig gl. satiniert) wurde freundlicherweise von der Firma August Koehler AG, Oberkirch, zur Verfügung gestellt.

Bilder: Seite 12, 25 eb; Seite 17 wd; Titel und übrige: do.

Helmut Dreßler

ZWINGT MAUSGRAU RAUS

Am 17. Januar 1968 behandelte das Studentenparlament die schon lange überfällige Frage des Politischen Mandats der Studentenschaft.

Der folgende Beschluß wurde ohne Gegenstimme nach längerer Debatte gefaßt:

Das Studentenparlament der THD schließt sich dem Beschluß des VDS an, soweit er lautet:

„Hochschul- und Bildungspolitik kann nicht isoliert von gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden. Andererseits beeinflußt das Bildungswesen alle Bereiche der Gesellschaft. Diese wechselseitige Abhängigkeit weist der Hochschule die Aufgabe kritischer Reflexion und Mitgestaltung der politischen Wirklichkeit zu. Die Studentenschaft ist daher über den hochschul- und bildungspolitischen Bereich hinaus zu verantwortlichem politischen Verhalten verpflichtet.

Politische Stellungnahmen der Studentenschaft werden sich auf den Bereich der Hochschule (Hochschul- und Bildungspolitik) beziehen. Doch soll mit äußerster Deutlichkeit eine Einschränkung auf diesen Bereich studentischer Politik zurückgewiesen werden. Eine solche apriorische Eingrenzung wäre willkürlich und nicht durchführbar.“

Die für alle Beobachter und Parlamentarier überraschende Übereinstimmung war selbst unmittelbar vor der Abstimmung nicht zu vermuten gewesen.

Zu Beginn hatte Prof. Drath (Lehrstuhl für Öffentliches Recht) in seinem ziemlich langen Referat nur eine und eine eigentlich recht vage Schlußfolgerung erarbeitet: Die Grenze zwischen solchen politischen Bereichen, die Studenten nichts angehen (wenn es das überhaupt geben kann) und solchen, die hochschuleigene Fragen irgendwie und irgendwo tangieren, ist durch kein formulierbares Prinzip festzulegen.

Damit war die Debatte freigegeben; Versuche, solche Grenzen der Zuständigkeit doch zu ziehen, scheiterten an der wissenschaftlichen Autorität; große und hochgestochene Argumente, wie selbstverständlich gebrauchte Formulierungen, etwa die Freiheit (von Forschung und Lehre), Geist des Grundgesetzes und Verantwortung, Freiheitsräume und die fürchterliche Vision des „totalen politischen Mandats“ verdunkelten die Atmosphäre der Diskussion. Es wimmelte in den Beiträgen nur so von „Studenten als solchen“. Der Rektor sprach einmal sogar von Harmonie und war dafür – natürlich. Deswegen sprach er sich für ein begrenztes Mandat aus. Allgemein wurde anerkannt und oft auch deutlich ausgesprochen, wie kritisch und aktionsbereit Studenten und die Gremien der Studentenschaft jederzeit sein müssen. Eine Blüte „Der Staat hat festgelegt...“ wurde belacht, nichtssagende Beiträge mit Geduld hingenommen. Das Ergebnis: Die Studentenschaft ist souverän genug, sich die eigene Grenzen in konkreten Fällen selbst zu setzen. Das Parlament will sich die

die darmstädter
studentenzeitung
Nr. 92

Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentl. Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 162517 und 163309.
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80).
Chefredakteur: Fritz Förster (ff) (verantwortlich); Verlagsleiter: Hans Weidner (wd); Redaktion: Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Falk Rieß (fari); ständige Mitarbeiter: Hartmut Bauer (pay), Gert Cobler (coli), Jürgen Dohm (do), Dietrich Ebersbach (eb), Ulf Kauffmann (kf), Wolfgang Straub (ws), Walter P. Welzel (wl), Herbert Werkmann (hw). Chefs vom Dienst: Hartmut Bauer, Jürgen Dohm.
Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt, Rheinstraße 67, Telefon 23543.
Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.
Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240.

Freiheit, alle politischen Probleme zu behandeln, nicht nehmen lassen.

Damit haben die Darmstädter Studenten Unruhe und Bewegung innerhalb der Universität als die ihr eigenen Prinzipien wieder anerkannt.

Wo sonst als innerhalb der Hochschulen gibt es so große Möglichkeiten, Information zu sammeln und sie objektiv mit wissenschaftlichen Methoden auszuwerten, ohne daß Parteidisziplin, feste Aktionsprogramme und machtpolitische Erwägungen die Arbeit stören. Die Gelegenheit, auf Grund wissenschaftlicher Diskussion Argumente zu liefern und sie sowohl gegen Intoleranz, Willkür und Staatsgewalt als auch gegen Resignation und Harmoniestreben gut positionierter Statthalter bestehender Ordnung zu verteidigen, muß erst noch erkämpft werden.

Die Argumente der Hochschule, und wenn die Gruppe der Professoren (nicht einzelne) weiter träge bleibt, die Argumente der Studenten müssen der Öffentlichkeit erklärt werden, gegen die Verdummung und das Beharrungsvermögen innerhalb der uninformierten Gesellschaft.

Die Studenten haben jetzt die Gelegenheit, sich ihrer Fähigkeiten bewußt zu werden. Themen wie Krieg in Vietnam, Wahlrechtsreform, Manipulation der Macht, die soziale Stellung der Studenten, Neuordnung der Zusammenarbeit innerhalb der Hochschule können und sollen mit eingehender Information im Parlament behandelt werden. Das Parlament sollte sich nicht scheuen, Stellungnahmen und Ergebnisse, unabhängig von Rücksichten auf begünstigende und verschleiende Kräfte, zu erzielen und zu vertreten.

„Darüberhinaus würde ein politisches Mandat mehr Rechte für die Studentenvertreter begründen, als sonst eine öffentliche Volksvertretung hat, denn es wird die Stellungnahme zu jeglicher Politik einräumt. Das ist in unserem demokratischen Staatsaufbau eindeutig unzulässig.“

Aus einem Flugblatt der Burschenschaft Rheno-Markomania vom 17. 1. 1968.

STUDENTEN IN DER ZANGE

Unsere Hochschule wird immer mehr zur schlecht und recht funktionierenden Fabrik für die Herstellung von Fachkräften, nicht zur Stätte der Ausbildung kritischer Wissenschaftler. Studienzeitverkürzung heißt die Parole, die jüngst auch Minister Stoltenberg im Schwerpunktprogramm der Wissenschaftspolitik aufführte. Koordination der Studienveranstaltungen ist zweifellos nötig, denn Leerlauf soll vermieden werden. Doch sind die bisher Verantwortlichen schon über das Ziel hinausgeschossen: gewaltsame Straffung des Studiums bis zum Maximum statt Anstreben der optimalen Ausbildung. Wo dieses Optimum liegt, kann nur durch ständige Diskussion vor allem mit den betroffenen Studenten erfaßt werden.

Ausgehend von dem nahezu exponentiell mit der Zeit wachsenden Wissensstoff ist nicht zu leugnen, daß damit auch die Wissenschaftler ständig über mehr grundlegende Kenntnisse, Methoden und Fertigkeiten verfügen müssen, selbst wenn sie sich nur auf das Notwendige ihres engen Fachbereichs beschränken. Dazu ist einfach eine Mindestzeit nötig. Schon unter diesem Gesichtspunkt fänden, selbst bei optimalem Studiengang, alle Studienzeitverkürzungen ihre Grenze.

Nun ist das Studium keineswegs optimal. Durch Zusammendrängen des Stoffs unter teilweisem Weglassen, nicht etwa durch Neugestaltung der Vorlesung; durch Erhöhen der Wochenstundenzahl und Verlegen von Praktika in die Ferien wurde das Studium gestrafft. Maßnahmen, wie das nach Semesterzahl gestaffelte Aufteilen in Prüfungsabschnitte, zwingen die Studenten, in der Mindestzeit fertig zu werden, wenn sie nicht erhebliche Mehrbelastung in Kauf nehmen wollen. Die Folge: In fast allen Fächern, am schlimmsten in den Massenfächern, sind die Studenten, wenn sie auch nur einigermaßen gründlich ihr Pensum je Semester absolvieren, derartig eingespannt, daß sie kaum Freizeit haben, geschweige denn etwas über

ihren Fachbereich hinaus leisten können. Statt selbstverantwortliche, kritische Studenten heranzubilden, wird alles unternommen, ein ausfüllendes Programm zu konstruieren, das alle Charakteristika eines Lehrgangs aufweist. Der Student wird zum unmündigen Konsumenten des ihm vorgesetzten Lernstoffes.

Welcher Kommilitone findet heute noch die Möglichkeit, sich außerhalb seines vorgezeichneten Studienganges zusätzlich mit einem Fachgebiet, das ihn interessiert, näher zu befassen, ohne daß die Arbeit in seinem Hauptstudium gefährdet ist? Ihm bleibt ja nicht einmal die Zeit, sich über Vorgänge an seiner Hochschule gründlich zu informieren. Wenn jemand, weil er es für nötig hält, zusätzliche Studien treibt oder sich intensiv in der studentischen Selbstverwaltung betätigt – und daher länger studiert – so wird er in einigen Fakultäten durch die Prüfungsordnungen dafür – schlicht gesagt – bestraft.

Zwar ist es eine der Aufgaben der Hochschule, die Voraussetzungen für alle diejenigen zu schaffen, die reine Fachausbildung schnell und erfolgreich absolvieren wollen. Selbst wenn die Mehrzahl der Studenten das wollte, kann daraus noch nicht das Recht abgeleitet werden, den „Fachidioten“-Bildungsgang zum allgemein verbindlichen Reglement zu machen. Niemand kann dem Studenten die Verantwortung für seine eigene Ausbildung abnehmen, es sei denn, man erklärt ihn für unmündig.

Wenn „Studienpläne“ zu „Studienordnungen“ (Hochschulsatzung) werden, sollten die Studenten aufpassen: Wird hier durch gezielte Begriffsbildung den Neuimmatrikulierten gleich unterschwellig bedeutet: „Daran habt Ihr Euch zu halten!“

Durch die bisher erfolgte Straffung der Studiengänge ist bereits heute die studentische Selbstverwaltung ernsthaft gefährdet, deren Hauptaufgabe die Mitwirkung in allen Hochschulgremien ist. Selbst wenn unseren Studenten jetzt etwas Mitsprache zugestanden wird, so ist doch durch die bisher erfolgte Studienstraffung bereits erreicht, daß sie nur noch unter erheblichen persönlichen Opfern wirksam mitarbeiten können.

Wenn nicht endlich jeder Student sich der Repression bewußt wird und persönlich Anteil nimmt, statt resignierend oder in bequemem Selbstbetrug darauf zu vertrauen, die anderen machten es schon recht, so ist es nur noch ein kleiner Schritt von der TH zur TU: zur Technischen Untertanenfabrik.

Thilo Wolff